



Foto: Laurence Chaperon

Bundespräsidentenwahl

Horst Köhler gewählt

Horst Köhler ist der neue Bundespräsident. Bereits im ersten Wahlgang erreichte der gemeinsame Kandidat von CDU, CSU und FDP die erforderliche absolute Mehrheit der Stimmen.

„Ich möchte Bundespräsident aller Deutschen sein, und ein Präsident für alle

Menschen, die hier leben“, sagte der 61-Jährige nach seiner Wahl vor der Bundesversammlung im Berliner Reichstag. Köhler ist nach Karl Carstens der zweite Präsident in der Geschichte der Bundesrepublik, der aus der Opposition heraus gegen die Regierungskoalition durchgesetzt wurde. ▶

INHALT

Bundespräsidentenwahl:
Horst Köhler gewählt

Seite 1-3

Dokumentation
Wachstumsstrategien
für Regionen im
Strukturwandel

Innenenteil

HEUTE AKTUELL

■ Strukturschwache Regionen fördern (S. 4) ■ Politik muss verlässlich sein (S. 5) ■ Integrationsfähigkeit der EU bedenken (S. 6) ■ Fraktionsvorsitzendenkonferenz: Klare Aufgabentrennung von Bund und Ländern gefordert (S. 7) ■ NRW: Gemeinsames Europa vorgelebt (S. 8) ■ Schleswig-Holstein: „Europa nicht den Bürokraten überlassen!“ (S. 9) ■ Christean Wagner: Reformierung des Betreuungsrechts (S. 10) ■ Volker Kauder: Wie soll der Bürger bei dieser Bundesregierung Vertrauen entwickeln? (S. 11–13) ■ Hartmut Koschyk: Sicherheit verträgt keine Tabus (S. 14) ■ Arnold Vaatz: Kein Olympia 2012 in Leipzig und Rostock (S. 14–15) ■ Norbert Röttgen: Müntefering gegen Zypern (S. 15–16) Michael Meister: Preisstabilität in EU-Verfassung verankern (S. 16–17) ■ Dietrich Austermann: Regierung erhöht Kohlesubventionen (S. 17)



Der designierte Bundespräsident Horst Köhler in den Reihen der Union

► In der zur Wahl zusammen gekommenen Bundesversammlung hatten CDU, CSU und FDP 622 Stimmen von 1205. Der einstige Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF) erhielt bereits im ersten Wahlgang mit 604 Stimmen die erforderliche absolute Mehrheit. Die Kandidatin von Rot-Grün, Gesine Schwan, kam auf 589 Stimmen.

In einer programmatischen Rede betonte der für fünf Jahre gewählte Köhler, Deutschland brauche eine grundlegende Erneuerung. Horst Köhler zeigte sich besorgt über den Zustand der

deutschen Wirtschaft, des Arbeitsmarkts und der sozialen Sicherungssysteme. „Ich sehe auch neue inakzeptable Spaltungstendenzen in unserer Gesellschaft.“ Deutschland habe aber die Kraft sich zu verändern, betonte Köhler. Um diese Kraft zu entfalten, müsse aber Angst überwunden und Selbstvertrauen zurückgewonnen werden. Deutschland müsse kinder- und familienfreundlicher werden. Gleichzeitig dürfe man aber auch die älteren Menschen nicht vergessen. „Wir müssen an der Freundschaft zwischen den Ge-

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 022 26-8 02-0, Telefax 022 26-8 02-1 11-333. Vertrieb: Telefon 022 26-8 02-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

nerationen schon jetzt arbeiten.“ Deutschland könne aus der Globalisierung weiterhin großen Nutzen ziehen, sagte Köhler. „Wir müssen aber auch besonders dafür arbeiten, dass die Globalisierung den Armen dieser Welt zu Gute kommt.“ Deutschland müsse sich auch seiner kulturellen und religiösen Wurzeln bewusst werden. „Patriotismus und Weltoffenheit sind keine Gegensätze, sie bedingen einander“, sagte Köhler. „Nur wer sich selbst achtet, achtet auch andere.“

Eine der ersten Gratulantinnen war die Vorsit-

zende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel. Sie nannte die Wahl Köhlers einen „guten Tag für Deutschland“. Besonders habe ihr in seiner Rede die Passage gefallen, in der Köhler von Deutschland als dem „Land der Ideen“ gesprochen habe. Seine Rede zeige, dass „er auf die Menschen hören will“. Merkel begrüßte, dass der neue Bundespräsident einen Beitrag dazu leisten wolle, dass wieder Vertrauen entsteht. Zugleich wertete die Parteivorsitzende die Wahl als „ein Zeichen der bürgerli-

chen Parteien in Deutschland gegen Rot-Grün“.

Köhler übernimmt das höchste Staatsamt am 1. Juli von seinem Amtsvorgänger Johannes Rau. Der scheidende Bundespräsident gratulierte seinem Nachfolger unmittelbar nach dessen Wahl und wünschte ihm „Erfolg, Glück und Gottes Segen“. Horst Köhler wird der neunte Präsident der Bundesrepublik sein. Zum siebten Mal entschied der erste Wahlgang. Drei Mal waren in den vergangenen 55 Jahren zwei Wahlgänge notwendig, nur zwei Mal ging es in die dritte Runde.

PRESSESTIMMEN ZUR BUNDESPRÄSIDENTENWAHL

Da stand ein aufgeklärter Patriot vor der Bundesversammlung, der sein Land wirklich liebt und sich nicht scheut, das offen zu bekennen.

Die Welt

Bei dieser Wahl gibt es lauter Sieger. Allen voran wir Deutschen. Wir bekommen mit Horst Köhler einen ungewöhnlichen Bundespräsidenten. Keinen Berufspolitiker. Sondern einen Mann, der Politikern und Bürgern auch ins Gesicht sagt, was sie nicht so gern hören.

BILD-Zeitung

Respekt, Herr Präsident, der Auftakt war überzeugend... Wenn Köhler hält, was er verspricht, kann Deutschland sich auf einen Präsidenten freuen, der dem Land neue Impulse gibt und es in hervorragender Weise präsentiert.

Lausitzer Rundschau

Es ist Köhler zu wünschen, dass er sich etwas von der jungenhaften Frische des Seiteneinsteigers bewahrt. Oft genug ist der Bundespräsident als eine Institution dargestellt worden, die vor

allem als Mahner und Warner zu dienen hat. Doch Hand aufs Herz: Diesem Land fehlt es nicht an Mahnungen und Warnungen.

Hannoversche Allgemeine Zeitung

Der politische Seiteneinsteiger hat die erste Bewährungsprobe bestanden. Wenn Bundespräsident Köhler so weiter macht, sind nicht nur die beiden politischen Lager Sieger des Tages, sondern das Land.

Financial Times
Deutschland

Strukturschwache Regionen fördern

Die CDU will strukturschwache Regionen unabhängig von ihrer Lage in Ost und West fördern.

Förderprogramme des Bundes müssten nach Arbeitslosenquote, Steuerkraft, Bruttowertschöpfung und der Zahl der Sozialhilfeempfänger ausgerichtet werden, heißt es in dem zweiten „Paket“, das im Rahmen des „Projektes Wachstum“ vom Paketverantwortlichen Dieter Althaus gemeinsam mit Oliver Wittke vorgestellt wurde.

Bei der Vorstellung des Konzepts „Wachstumsstrategien für Regionen im Strukturwandel“ machte Thüringens Ministerpräsident Althaus deutlich, dass gemessen an der Ausgangslage der Strukturwandel in den neuen Ländern insgesamt positiv zu bewerten sei. Allerdings habe sich die Schere zwischen Ost und West nach der rot-grünen Regierungsübernahme 1998 wieder geöffnet. Dies sei der Grund dafür, dass am Solidarpakt, aus dem der Osten zwischen 2005 und 2019 rund 156 Milliarden Euro erhalte, festgehalten werde. Der Ministerpräsident betonte, dass es auch in West-Deutschland Regio-



Dieter Althaus

nen mit ähnlichen Strukturproblemen gebe wie im Osten der Republik. Als Beispiel nannte Althaus das SPD-regierte Nordrhein-Westfalen, das den Strukturwandel im Bergbau bis heute nicht als Chance haben nutzen können.

Neben einer intensiven Förderung der einzelnen Investitionsstandorte komme einem flexiblen Arbeitsmarkt eine besondere Bedeutung für einen erfolgreichen Strukturwandel zu, sagte der Ministerpräsident weiter. In den Unternehmen müsse eine differenzierte Lohnstruktur möglich sein, damit Fachkräfte in der Region gehalten und gering Qualifizierte wieder eine Chance auf dem Arbeitsmarkt erhielten.

Der Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen,



Oliver Wittke

Oliver Wittke, verwies darauf, dass die CDU die erste Partei in Deutschland sei, die mit dem vorliegenden Papier nicht nur nach Ost und West unterscheide, sondern ein Gesamtkonzept für alle Regionen im Strukturwandel erarbeitet habe. Ausdrücklich lehnte Wittke die Förderung strukturschwacher Gebiete nach dem „Gießkannen-Prinzip“ ab und plädierte stattdessen für den „Wasserschlauch“, also die gezielte Förderung spezifischer Regionen. Wittke stellte klar, dass der Westen von Fördermaßnahmen nicht ausgeklammert werden dürfe. Ansonsten drohe dort die Akzeptanz für die notwendigen Aufbau-Programme in den neuen Ländern zu schwinden.

Weitere Infos auf www.projekt-wachstum.de

Politik muss verlässlich sein

Die Union will Ende 2005 ein „Regierungsprogramm“ mit Blick auf die Bundestagswahl 2006 vorlegen.

„Ein Jahr vor der Wahl wollen die Leute wissen, was sie zu erwarten haben“, sagte Angela Merkel in einem Interview im „Münchener Merkur“. Im Falle eines Regierungswechsels müssten dann „die Reformen in einem Zug durchgesetzt werden“. Die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion betonte: „Wir dürfen nicht den Fehler von Rot-Grün machen, jede fünfte Woche die Themen neu zu diskutieren. Wichtig ist es, eine Stimmungswende einzuleiten, die zu einem höheren Wachstum führt und damit auch zu einer Entlastung des Haushalts.“

Das „Regierungsprogramm“ der Union werde



Angela Merkel

auch eine wichtige Neuregelungen des Arbeitsrechts enthalten. Der unflexible Arbeitsmarkt sei „eines der meist unterschätzten Hemmnisse in Deutschland“, sagte Angela Merkel. „Das Arbeitsrecht ist in großen Teilen nicht im Sinne derer, die keine Arbeit haben.“ Neueinstellungen würden dadurch erschwert. „Es darf uns nicht nur darum gehen, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten. Es muss ver-

sucht werden, wieder mehr Investoren nach Deutschland zu holen“, sagte Merkel.

Angela Merkel forderte weitere Einsparungen im Bundeshaushalt. Bei der Bundesagentur für Arbeit seien z.B. „deutliche Kürzungen möglich“. Als Beispiele nannte sie die ICH-AG und „Jump“. Beide Programme brächten, gemessen am investierten Geld, einen sehr geringen Nutzen. Die von Rot-Grün geforderte Abschaffung der Eigenheimzulage und der Pendlerpauschale knüpfte Angela Merkel erneut an Bedingungen. „Wir stimmen dem Abbau von Subventionen nur im Zusammenhang mit einer Steuerstrukturreform zu. Alles andere wäre nichts anderes als eine Steuererhöhung durch die Hintertür.“

NEUE DOKUMENTATION IM MITGLIEDERNETZ

„Hilflos, ratlos und kopflos“ - so urteilt die Stuttgarter Zeitung über Rot-Grün. Anstatt die Krise Deutschlands entschlossen zu bekämpfen, ergehe sich die Regierung in endlosem Zank. Mit dieser Einschätzung ist das Blatt nicht allein. Fast die gesam-

te Presse und viele Experten senken inzwischen die Daumen über Rot-Grün. In einer „Dokumentation des Scheiterns“ haben wir einige Wortmeldungen von Fachleuten und Journalisten zusammengetragen. Ausführlich kommt auch Rot-Grün

selbst zu Wort: In Themenblöcke unterteilt haben wir Zitate rot-grüner Spitzenpolitiker versammelt, die unvereinbar sind oder sich sogar glatt widersprechen.

Die Dokumentation finden Sie unter www.cdunet.de.

Integrationsfähigkeit der EU bedenken

Bei der Diskussion um einen möglichen Beitritt der Türkei in die Europäische Union lassen die EU-Außenminister wesentliche Kritikpunkte außer Acht.

Das erklärte der Spitzenkandidat der CDU Deutschlands für die Europawahl Hans-Gert Pöttering, nach dem Treffen des EU-Türkei Beitrittsrates:

„Die optimistischen Reaktionen der EU-Außenminister auf die Vorbereitungen der Türkei für Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union lassen wesentliche Kritikpunkte außer acht. Es besteht noch erheblicher Handlungsbedarf bei Menschenrechten und grundsätzlichen Freiheiten.“

„Gerade die deutsche Bundesregierung als treibende Kraft für den EU-Beitritt der Türkei hat die Entscheidung zu einer Prestige-



Hans-Gert Pöttering

Frage werden lassen und vernachlässigt die Gefahren für die Integrationsfähigkeit und Zukunft der Europäischen Union. Die Türkei ist ein wichtiger Partner für Europa. Daher sollte im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik eine privilegierte Partnerschaft, eine besondere, vertiefte Kooperation mit der Türkei entwickelt werden. Beitrittsverhandlungen und Beitrittstermine in Aussicht zu stellen ist hinge-

gen unehrlich gegenüber der Türkei und fahrlässig gegenüber der Europäischen Union.“

Nach wie vor hat das türkische Militär eine sehr starke Rolle im Staat inne und untersteht unzureichender demokratischer Kontrolle. Darüber hinaus bestehen weiterhin erhebliche Einschränkungen für die nicht-muslimischen Religionsgemeinschaften in der Türkei.

„Die bislang vom türkischen Parlament verabschiedeten Reformen begrüße ich ausdrücklich. Allerdings müssen diese Reformen in den Verwaltungen auch tatsächlich umgesetzt werden. Bereits der letzte Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission benennt diese Felder kritisch“, so der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament.

FOLTERVORWÜRFE: MENSCHENRECHTSDEBATTE NÖTIG

Hans-Gert Pöttering fordert angesichts der Debatte über die Folterungen im Irak die Situation anderer Kriegs- und Bürgerkriegsgefangener nicht aus dem Auge zu verlieren, beispielsweise in Tschetschenien. Das Europäische Par-

lament solle die Präsidentschaftswahl in Tschetschenien beobachten. Tschetschenien muss auch künftig bei Gesprächen zwischen der EU und Russland auf der Tagesordnung bleiben. Pöttering forderte, in einer Vereinbarung zwischen dem

Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission festzulegen, dass diese bei Abkommen mit Nachbarstaaten der EU in Ost- und Mitteleuropa klar definierte Menschenrechtskriterien zugrunde legen müsse.

Fraktionsvorsitzendenkonferenz

Klare Aufgabentrennung von Bund und Ländern gefordert

Die 16 Vorsitzenden der Landtagsfraktionen von CDU und CSU fordern eine Stärkung der Landesparlamente im Zuge der Föderalismusreform.

In einem der Konferenzen der Fraktionsvorsitzenden verabschiedeten Positionspapier verlangen die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen die Trennung der Aufgaben von Bund und Ländern. Die Landesparlamente würden durch die stetige Verlagerung von Gesetzgebungskompetenzen auf den Bund geschwächt. Für die Landesparlamente fordern die CDU/CSU-Fraktionschefs daher wieder „substantielle Entscheidungsbezugnis.“ Nur so gelinge der Wandel vom „Beteiligungsföderalismus zum Gestaltungsföderalismus,“ betonte Rüttgers. Im Gegenzug seien die Länder bereit, auf einen Teil der Mitwirkungsrechte im Bundesrat zu verzichten. Bundesgesetze müssten aber auch weiterhin der Zustimmungspflicht unterliegen, wenn sie mit erheblichen Kostenfolgen für die Länder verbunden seien. Das Papier sieht un-



ter anderem vor, die allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens, die allgemeinen Rechtsverhältnisse der Presse sowie den Naturschutz und die Landschaftspflege in die „ausschließliche Gesetzgebungskompetenz“ der Länder zu überführen. Auch die Gemeinschaftsaufgaben wie der Ausbau und Neubau der Hochschulen oder die Bildungsplanung sollen nach Wunsch der CDU-CSU-Fraktionschefs künftig „weitestgehend“ den Ländern übertragen werden. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass die bisherigen Finanzmittel des Bundes für diese Aufgaben den Ländern zur

Verfügung gestellt würden. Angela Merkel und Edmund Stoiber begrüßten das Positionspapier. Die vorgeschlagenen Veränderungen würden mehr Wettbewerb ermöglichen und würden „Konturen und Farbe ins Spiel“ bringen, erklärte die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Angela Merkel kündigte an, die Union werde „sehr gut vorbereitet“ sein für den Regierungswechsel im Jahr 2006. Von der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden werde ein Signal für eine verlässliche Politik ausgehen, zeigte sich die Vorsitzende überzeugt.

Nordrhein-Westfalen

Gemeinsames Europa vorgelebt

Mit einem Novum in der deutschen Parteigeschichte ist die nordrhein-westfälische CDU in die heiße Phase des Europawahlkampfes gestartet.

Mit einem Landesparteitag im niederländischen Kerkrade beging das erste Mal eine deutsche Partei einen Parteitag im Ausland. Auf dem Parteitag, der im Zeichen der Europawahl stand, verabschiedeten die rund 570 Delegierten den Leitantrag des Landesvorstandes zur Europapolitik. Dieser beinhaltet unter anderem die intensivere deutsch-französische Zusammenarbeit und die Gleichberechtigung von Europa und den USA in der NATO. Ebenso wurde der Beitritt der Türkei in die Europäische Union erneut abgelehnt und an dem Angebot einer Privilegierten Partnerschaft festgehalten.

Neben dem Thema „Europa“ wurden in Kerkrade aber auch die Weichen für den Regierungswechsel in NRW gestellt. Mit einem Sieg bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im kommenden Jahr könnte erstmals seit vier Jahrzehnten mit Jürgen Rüttgers wie-



der die Union den Regierungschef in Düsseldorf stellen. Eckpunkte des Regierungsprogramms sind die Privatisierung zahlreicher Landesbehörden, die Halbierung der Steinkohle-Subventionen bis 2010 und die Senkung der Windkraft-Subventionen. „NRW kommt wieder und dafür steht die CDU“, so der Tenor der kämpferischen Rede des Fraktions- und Landesvorsitzenden Jürgen Rüttgers, „Wir sind bereit zu dieser Aufgabe. Wir haben die Kraft, das Land wieder nach vorn zu bringen!“ Mit Blick auf die Europawahl erklärte der Landesvorsitzende: „Es wird Zeit, dass eine Wende eingeleitet wird. Die Menschen haben das Vertrauen in Rot-Grün verloren. Sie werden Rot-Grün am 13. Juni einen Denktzettel verpassen.“ Der Spitzenkandidat der CDU Nordrhein-Westfalens für die Europa-

wahl, Elmar Brok, betonte die Wichtigkeit der Wahl zum Europäischen Parlament „denn immer mehr Entscheidungen werden in Brüssel getroffen und das Europäische Parlament hat in den letzten Jahren enorm an Kompetenzen gewonnen.“ Elmar Brok griff insbesondere den Kurs der Bundesregierung scharf an: „Wir werden die Zerschlagung der europäischen Wirtschaftskraft durch die permanenten Verstöße gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht zulassen!“

Erfreuliche Nachrichten konnte NRW-Generalsekretär Hans Joachim Reck verkünden. „Unsere Partei ist mittlerweile die größte Volkspartei Nordrhein-Westfalens, wir haben über 14500 Mitglieder mehr als die SPD – Tendenz steigend!“ Die Mitgliederwerbung gilt für Reck als zentrale Aufgabe seiner Arbeit.

Schleswig-Holstein

„Europa nicht den Bürokraten überlassen!“

Den Auftakt in einer Reihe zur am 13. Juni beging die Nord-Union am Abend in Schleswig. den Fragen von Moderator Jörg Nielsen.

Dabei erklärten die CDU-Politiker: „Frieden, Freiheit und Demokratie, wirtschaftliche Stärke und soziale Sicherheit sind die Merkmale des geeinten Europas.“

Dieses Bekenntnis gaben der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Peter Harry Carstensen, der Spitzenkandidat zur Europawahl in Schleswig Holstein, Reimer Böge, sowie der Europaabgeordnete Christian von Boetticher bei der Auftaktveranstaltung von landes-



Peter Harry Carstensen

weit über 60 Wahlkampfveranstaltungen zu Europawahl ab. Nach diesen Werten hätten sich die zehn neuen Mitgliedsstaaten geseht, die seit dem 1. Mai zur Europäischen Union gehören. In Deutschland würden die-

se Werte schon zu selbstverständlich angesehen. Für Demokratie und soziale Balance müssten sie aber täglich hart erarbeitet werden, erklären die Spitzenpolitiker.

Mit den baltischen Staaten und Polen hätte Schleswig-Holstein neue Partner an der Ostsee erhalten. Das sei eine Herausforderung und Chance zugleich, denn nun könnten die Schleswig-Holsteiner „von den Tigerstaaten an der Ostsee“ lernen. Als Ziel gab Pater Harry Carstensen aus, dass in Berlin und Brüssel wieder gut von Schleswig-Holstein rede. Dazu müssten alle Chancen genutzt werden.

CARSTENSEN GEWINNT BEI ONLINE-AUKTION

Bei der Aktion „Ein Name für ein Robbenbaby“, die die Online-Auktions-Plattform „ebay“ gemeinsam mit der Zeitschrift „Tomorrow“ veranstaltet hat, hat der Spitzenkandidat zur Landtagswahl 2005, Peter Harry Carstensen, alle anderen Mitbewerber sieben Sekunden vor Auktionsende aus dem Feld geschlagen.

„Eine Online-Auktion zu gewinnen, ist ein tolles Ge-

fühl, und das diesmal gleich doppelt“, sagt der passionierte ebay-Spezialist Carstensen. „Mit einem innovativen Weg die Tierwelt und Küstenlandschaft in Schleswig-Holstein zu unterstützen macht Spaß und dient auch noch einem guten Zweck.“ Als Gewinner wird Carstensen jetzt eines der ersten elternlosen Seehundjungen, die an Schleswig-Holsteins Küsten ge-

spült werden, einen Namen geben. Zur Auswahl stehen die Namen seiner Enkelkinder Lasse und Gesche – je nach dem, ob ein Männchen oder ein Weibchen als nächstes Robbenfindelkind den Weg an die Küste findet. Die Auktionssumme in Höhe von 505,01 Euro kommt der Aufzucht und Pflege der jungen Robben in der Seehundstation in Friedrichskoog zu Gute.

Christean Wagner:

Reformierung des Betreuungsrechts

Das im Jahre 1992 eingeführte Betreuungsrecht hat sich zwar durchaus bewährt, allerdings haben sich in der Praxis einige erhebliche Probleme gezeigt:

- die Betreuungsfälle sind übermäßig gestiegen,
- das derzeit zu bürokratische Verfahren beeinträchtigt in hohem Maße die Betroffenen und ihre Familien,
- es gibt einen erheblichen Verfahrensaufwand bei der Erstellung und Prüfung der Vergütungsabrechnungen der Berufsbetreuer. Die reine Abrechnung füllt bis zu dreiviertel der Akten in Betreuungssachen und beansprucht entsprechend viel Arbeitszeit der Rechtspfleger.

Zwar müssen die Betroffenen für die Betreuung grundsätzlich selbst aufkommen, jedoch sind etwa 80 % der Betreuten mittellos. Die Länder müssen daher in der überwiegenden Zahl der Fälle die mit dem Verfahren verbundenen Kosten tragen. Diese Ausgaben sind allein in Hessen von 7,3 Millionen € im Jahre 1996 auf 29 Millionen € im Jahre 2002 geradezu explosionsartig angestiegen.

Die Probleme des geltenden Betreuungsrechts haben Eingang in den unter maßgeblicher Mitwirkung Hessens erstellten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Betreuungsrechts gefunden, welcher einstimmig im Bundesrat verabschiedet worden ist und nun dem Bundestag zur Entscheidung vorliegt. Der Gesetzentwurf sieht vor:

1. Erweiterung des Selbstbestimmungsrechtes der Bürger und Abbau von Bürokratie durch:

- Gesetzliche Vertretungsmacht zwischen Ehegatten im Finanz- und Gesundheitsbereich,
- Gesetzliche Vertretungsmacht von nahen Verwandten im Gesundheitsbereich,
- Stärkung des Instituts der Vorsorgevollmachten zur Vermeidung von Betreuungen.

2. Senkung der Kosten pro Betreuungsfall durch:

- Einführung von festen, vom Einzelfall losgelösten Pauschalen.

Die gesetzlich vorgesehenen Vertretung betrifft vor allem die Fälle, in denen bislang ohnehin der Ehegat-

te oder ein naher Familienangehöriger mit der Betreuung beauftragt worden ist. Der Gesetzesentwurf sieht zahlreiche Sicherungen gegen Missbrauch sowie jederzeitige Widerspruchsmöglichkeiten seitens der Betroffenen vor.

Die vorgesehene Pauschalierung der Betreuervergütung wird die Betreuungskosten wirksam begrenzen. Die Pauschalen basieren auf Durchschnittswerten, welche in umfangreichen Untersuchungen unter Berücksichtigung sowohl überdurchschnittlich schwieriger sowie unterdurchschnittlich leichter Fälle ermittelt worden sind. Die Vergütung der Berufsbetreuer errechnet sich künftig aus der Mischkalkulation der insgesamt betreuten Fälle, was zu effektivem und kostensparendem Verhalten motiviert. An der Verpflichtung des Betreuers, in jedem einzelnen Fall das für die rechtliche Betreuung Notwendige ohne Abstriche zu leisten, ändert die Umstellung des Vergütungssystems nichts.

Christean Wagner ist Hessischer Minister der Justiz.

Volker Kauder:

Wie soll der Bürger bei dieser Bundesregierung Vertrauen entwickeln?

I.

Der scheidende Bundespräsident Rau hat in seiner quasi-Abschiedsrede verlangt, dass die Politik das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen müsse; die Kandidatin der Bundesregierung für seine Nachfolge, Frau Schwan, hat in ihrer gesamten Kampagne und zuletzt in einem großen Artikel in der FAZ in das gleiche Horn gestoßen. Beiden ist ebenso Recht zu geben, wie zugleich die Frage aufzuwerfen, auf welche Weise dies denn bei dem Vorgehen der derzeitigen Bundesregierung gelingen soll? Die Klage der beiden SPD-Vertreter richtet sich also in diesen Tagen hauptsächlich gegen die eigene Bundesregierung.

Der Haushalt einer staatlichen Organisation wie der Bundesrepublik Deutschland ist ein in Zahlen gegossenes politisches Programm. Sieht man sich diesen Haushalt an, erkennt man jedoch keinerlei programmatische Linie und keinen Kurs, nichts wodurch man Vertrauen er-



werben könnte. Will die Bundesregierung den Arbeitsmarkt reformieren? Will sie die Sozialabgaben und damit die Lohnnebenkosten senken um die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erleichtern? Führt diese Regierung einen Sparkurs? Für alle diese Fragen finden sich im Haushalt der Bundesregierung keine Antworten.

Ein Grundwiderspruch dieser Regierung besteht darin, dass sie die Bürger dazu auffordert Geld auszugeben und zu konsumieren um das Wachstum anzukurbeln und zugleich sollen die gleichen Bürger für die Sozialsysteme sparen. Dies würde noch überzeugen, wenn die Bürger wenigstens an Rettung in naher Zukunft glauben könnten. Da jedoch

die Regierung selbst weder ihren eigenen Sparkurs noch ihren Reformpaketen die Kraft zur Wende zutraut, kann sie erst recht nicht von den Bürgern Vertrauen in ihre Politik erwarten.

II.

Deutschland wird im Jahr 2005 zum 4. Mal den EU-Stabilitätspakt verletzen. Damit schadet es nicht nur in katastrophaler Weise dem Ansehen Deutschlands, sondern dies führt auch dazu, dass die Stabilität unserer neuen Währung langfristig zerstört wird. Dies hat gerade der von der Bundesregierung neu bestimmte Bundesbankpräsident Weber seiner Bundesregierung vorgeworfen. Tatsächlich können wir unseren Wohlstand nicht mit neuen Schulden retten; denn diese Schulden werden mehr und mehr zur wahren Hypothek für die nächsten Generationen in Deutschland und sind zugleich die Steuern von morgen. 1,4 Billion Euro Schulden hat Deutschland insgesamt; das sind 16.000 Euro pro Kopf. Wenn

Münzfeuerung nun sagt, wir sollten Schulden machen, um das Geld in die Bildung der Jugend zu investieren, ist dies der Gipfel des Widersinns. Denn eben diese Jugend droht an diesen Schulden zu ersticken.

Zunächst ist einmal festzuhalten, dass die durch die Steuerschätzung bekannt gewordenen Haushaltslöcher nicht vom Himmel fallen sondern allein und ausschließlich daraus resultieren, dass die Bundesregierung seit Jahren ihren Haushaltswürfen einerseits zu hohe Wachstumsquoten unterstellt und andererseits zu hohe Einnahmen durch von ihr veranlasste Maßnahmen zu Grunde legt. Dies nennt man in Fachkreisen das Frieren eines Haushalts.

Einerseits führen nämlich die zu hohen Wachstumsannahmen dazu, dass von der Bundesregierung unterstellten Steuerzahlungen zu hoch angesetzt sind. Und andererseits rechnet die Bundesregierung mit Einnahmen und unterlegt Geldzuflüsse die niemals Wirklichkeit werden. Sie rechnet ihre Einnahmen für sich selbst schön, indem sie etwa einen absehbar zu hohen Bundesbankgewinn unterstellt, einen nie erreichten Abbau der Arbeitslosigkeit voraussetzt oder gar durch die Luft-

buchung der Mauteinnahmen eine Absurdität schafft. Ergebnis ist das alljährliche Ritual, dass im Frühjahr sowie im Herbst durch die vorzunehmenden Steuerschätzungen dann Haushaltslöcher bekannt werden, die der Bundesregierung natürlich längst bekannt waren. Es ist ein von der Bundesregierung sehenden Auges herbeigeführtes Ritual, das die Bürger jedes Jahr aufs neue verunsichert, Vertrauen niemals entstehen lässt und die Wirtschaft eben von notwendigen Investitionen und der Schaffung von Arbeitsplätzen notorisch abhält.

III.

Was kann man aber nun konkret tun, um die Löcher zu stopfen? Angesichts der drohenden Haushaltsdefizite bleibt nur die Wahl zwischen massiven Steuererhöhungen, höherer Neuverschuldung oder weiterer Reform- und Sparanstrengung. Steuererhöhungen kann keiner wollen und sie wären Gift für jegliche Wachstumshoffnung. Höhere Neuverschuldung ist nur kurzfristiges Strohfeuer und letztlich Steuererhöhungen von morgen. Somit bleibt nur der Weg, die notwendigen aber schmerzlichen Refor-

men weiter zu führen. Denn betrachtet man die Steuerschätzung genauer, so stellt man fest, dass die Steuereinnahmen in absoluten Zahlen sogar steigen: mittelfristig von 440 Mrd. Einnahmen auf über 500 Mrd. Die Bürger zahlen also absolut immer mehr Steuern. Daraus ergibt sich, dass Deutschland kein Einnahmeproblem, sondern vielmehr ein Ausgabeproblem hat. Auch ein Staat sollte nicht mehr ausgeben, als er einnimmt.

Der Bund hat alljährlich ein Haushaltsvolumen von etwa 250 Milliarden Euro. Nach der Steuerschätzung beträgt das Haushaltsloch für den Bund ca. 10 Milliarden Euro; es bedarf also einer Einsparung im Gesamtetat von nicht mehr und nicht weniger als 4 %. Niemand wird glauben, dass eine solche Sparleistung angesichts eines Gesamtschuldenstands von 1,4 Billionen Euro nicht erbracht werden kann und muss. Will eine Regierung tatsächlich Vertrauen gewinnen, so muss sie ihren Kurs wechseln, vom Schulden machen weg und hin zum Sparen. Der derzeitige Zustand, wo die Schuldentilgung mit 40 Mrd. Euro den zweitgrößten Einzelposten im Haushalt bildet und seit Eichels Amtsantritt die Gesamtverschuldung allein um

190 Mrd. Euro gewachsen ist, kann nicht so bleiben.

Es muss also gespart werden, um die Haushaltslöcher zu stopfen. Subventionsabbau, Reduzierung der enorm hohen Ausgaben für der Arbeitsmarktpolitik und wir brauchen längere Arbeitszeiten: damit können wir die Kosten für Waren und Dienstleistungen verbilligen, auch eine höhere Produktivität und so Wachstumseffekte erreichen, die sowohl den Bürgern wie den staatlichen Haushalten helfen werden.

Das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit hat einen Etat von ca. 25 Milliarden Euro, von denen 1/5 ausschließlich als Zuschuss für die Bundesagentur für Arbeit verwendet wird. Doch statt hier notwendige Entbürokratisierung, Effizienzsteigerung und Sparmaßnahmen vorzunehmen, wie sie großspurig durch die Hartz-Kommission und durch den Bundeskanzler verkündet wurden, soll nun im Zuge der Zusammenlegung von Arbeitslosen und Sozialhilfe die Molochbehörde um weitere über 22.000 Mitarbeiter erweitert werden.

Beim Subventionsabbau ist konkret die zwischen Opposition und Bundesregierung fest vereinbarte Kochsteinbrück-Liste gemeint. Die Bundesregierung macht

jetzt bereits Anstalten in den Haushaltsverhandlungen für das Jahr 2005 diese von ihr selbst beschlossene Subventionsabbau-Liste nicht zu verwirklichen. Darüber hinaus weigern sich einige Bundesressorts, die von ihnen selbst beschlossenen globalen Minderausgaben und die Sparmaßnahmen zur Sanierung der Rente in Höhe von 2 Milliarden Euro in diesem Haushalt in die Tat umzusetzen. Wie soll man einer Bundesregierung Vertrauen entgegen bringen, die ihre eigenen Beschlüsse nicht mehr verwirklicht?

IV.

Deutschland befindet sich also in einem Zustand der Lethargie und der Handlungsunfähigkeit der Bundesregierung. Bedenkt man, dass die Wahlperiode noch fast zweieinhalb Jahre dauert, so muss man befürchten, dass Deutschland nach den bereits verlorenen fünfzehn Jahren der „Regierung Schröder“, noch zweieinhalb Jahre verlieren wird. Das Dilemma der Bundesregierung besteht darin, dass sie selbst die Bürger in einen Zustand der Enttäuschung versetzt hat und der Wirtschaft Rahmenbedingungen gesetzt hat, die diese über Arbeits-

platzverlagerung nachdenken lässt. Es stellt sich also im Moment gar nicht die Frage, ob Schröder die nächste Bundestagswahl noch einmal gewinnen kann, sondern man muss sich fragen: was macht Schröder bis zum Ende der Wahlperiode? Deutschland muss sich darauf einrichten, diese zweieinhalb Jahre den bewegungs- und tatenlosen Zustand einer Bundesregierung ertragen zu müssen. Deutschland verfällt sogar in Apathie.

Deutschland kann sich auch angesichts der Beitrittsländer eben diese Apathie und Handlungsunfähigkeit nicht leisten. Es gibt für Deutschland keine Zeit zu verlieren und bei den notwendigen Reformen weiter zu zaudern. Es geht nicht um das Streichen und Kürzen um seiner selbst willen, sondern darum, dass Deutschland sich bewegen muss, um wieder auf die Beine zu kommen und um wieder etwas Neues zu schaffen. Nachdem Deutschland Jahrzehnte lang über seine Verhältnisse gelebt hat, gibt es zur Konsolidierung keine Alternative mehr. Nur, wenn man den Menschen diese Wahrheiten ehrlich sagt, kann neues Vertrauen entstehen.

Volker Kauder ist Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion.

Sicherheit verträgt keine Tabus

Stellungnahme zum aktuellen Verfassungsschutzbericht:

Wie richtig es war und ist, bei den Verhandlungen um ein Zuwanderungsgesetz Sicherheitsfragen nicht auszuklammern, belegt der heute von Bundesinnenminister Schily vorgestellte Verfassungsschutzbericht.

Danach gibt es in Deutschland nach wie vor große Sicherheitsprobleme durch extremistische und terroristische Gruppierungen von Ausländern, wobei der islamistische Terrorismus und Extremismus den Schwerpunkt bildet. Die Zahl der Aktiven ist laut Schily gegenüber dem Vorjahr nahezu gleich geblieben. Mit anderen Worten: Die Gefährdung der Menschen in Deutschland ist nicht zurückgegangen.

Zur Vorfeld- und Umfeld-Beobachtung gehört auch, die Aktivitäten von Islamisten und ihrer Tarnorganisationen ohne Tabus zur hinterfragen. Hinzu kommt: „Diplomatische Zensur“, wie es der SPIEGEL heute nannte, darf es weder im Verfassungsschutzbericht noch in der Arbeit der Behörden geben.



Hartmut Koschyk

Daher hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion durchgesetzt, dass der Innenausschuss des Deutschen Bundestages sich im Spätsommer im Rahmen einer öffentlichen Anhörung mit dem islamistischen Einfluss auf Einrichtungen wie Koranschulen und andere Bildungseinrichtungen in Deutschland befasst.

Hartmut Koschyk ist der innenpolitische Fraktions-sprecher.



Arnold Vaatz

Kein Olympia 2012 in Leipzig und Rostock

Erklärung anlässlich des Ausscheidens von Leipzig und Rostock aus der engen Auswahl für die Sommerolympiade 2012:

Mit Millionen sportbegeisterter Bürger in Ostdeutschland bedauere ich, dass die Städte Leipzig und Rostock nicht für die näch-

ste Auswahlrunde für die Sommerolympiade 2012 nominiert wurden. Die Bewerbung von Leipzig/Rostock hat nicht nur einen ungeheuren Motivations-schub ausgelöst, „die Sache zu packen“, sondern auch Enthusiasmus, Begeisterung und unzählige kreative Ideen. Mit dem kompakten Konzept der kurzen Wege wollte Leipzig erstmals die Spiele auf engem Raum austragen lassen. Den teilnehmenden Sportlern wie auch den Medienvertretern und Besuchern wären lange Wege zu den Sportstätten und damit Zeit und Stress erspart worden. Dies hätte die olympischen Wettbewerbe attraktiver, überschaubarer und preiswerter gemacht.

Auch wenn die Verantwortlichen des IOC anders entschieden haben, war die Bewerbung von Leipzig und Rostock für ganz Ostdeutschland wichtig und

wertvoll. Für beide Städte und für die umgebenden Regionen war sie eine große Herausforderung, aber auch eine hervorragende Gelegenheit zum Standortmarketing. Die Bewerbung war nicht vergeblich, weil sie von ganz Deutschland unterstützt wurde, das Selbstvertrauen der Ostdeutschen gestärkt und einen wichtigen Impuls für den Aufbau Ost gebracht hat.

Arnold Vaatz ist stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Sprecher der

Abgeordneten aus den neuen Bundesländern.

Müntefering gegen Zyprien

Erklärung zu der Ankündigung von Franz Müntefering, Rot-Grün werde bis zur Sommerpause ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz vorlegen:

Herr Müntefering hat seine Richtlinienkompetenz offensichtlich auf das Gebiet der Rechtspolitik ausgedehnt. Mit seiner Ankün-



Norbert Röttgen

digung, die Koalition werde noch vor der Sommerpause ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz vorlegen, setzt er sich öffentlich und

TOURISMUSKONGRESS DER UNIONSFRAKTION

Über 400 Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Umweltverbänden und Politik, unter ihnen zahlreiche Spitzenvertreter, diskutierten beim 5. Tourismuspolitischen Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bedeutung der Erweiterung der Europäischen Union für den Tourismus.

Wie ein roter Faden durchzog die Reden und Podiumsdiskussionen die Erwartung, dass auch mittel- und langfristig der gegenseitige Reiseverkehr deutlich zunehmen wird und solche Reisen eine wichtige Rolle beim Abbau von Vorurteilen und dem

Zusammenwachsen innerhalb der größer gewordenen EU spielen können. Gleichzeitig wurde aber auch auf verschiedene Wettbewerbsverzerrungen etwa durch die Behinderung von Reiseleitern in einigen Mitgliedstaaten oder die höchst unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze im Gastgewerbe hingewiesen, die abgebaut werden sollten. Breite Übereinstimmung gab es darüber, dass die EU-Erweiterung für den Tourismus schon jetzt eine große Dynamik entwickelt hat. Die Deutschen beginnen, Osteuropa wieder oder neu für ihre Urlaubsplanung zu entdecken und

die „Mauer in den Köpfen“ einzureißen. Viele dortige Reiseziele finden sich seit kurzem deutlich häufiger und oft erstmals in den Katalogen deutscher Reiseveranstalter oder auf den Flugplänen von Billigfliegern und Linienfluggesellschaften. Aber auch Deutschland ist ein beliebtes Reiseziel für die neuen EU-Bürger. Und mit den neuen Mitgliedern wird die EU als touristische Destination im weltweiten Wettbewerb aufgewertet und noch mehr Anziehungskraft ausüben. Die Einführung des Euro in den neuen Mitgliedstaaten wird diese Attraktivität noch vergrößern.

eindeutig in Gegensatz zur Bundesjustizministerin, die seit ihrem Amtsantritt mehr als eine 1:1-Umsetzung der europäischen Richtlinien strikt ablehnt.

Der Verdruss von Muntefering über die rot-grüne Rechtspolitik, die ohne jede Inspiration dahinplätschert, ist verständlich. Bezeichnend ist, dass die Frist für die Umsetzung der europäischen Antidiskriminierungsrichtlinie bereits im letzten Sommer (19. Juli 2003) abgelaufen ist.

In der Sache lehnt die CDU/CSU-Fraktion das Vorhaben Munteferings ab. Deutschland hat keinen Nachholbedarf an Gesetzen, die Diskriminierungen verbieten. Art. 3 unseres Grundgesetzes beinhaltet ein umfassendes Verbot, aufgrund des Geschlechtes, der Abstammung, der Rasse, der Sprache, der Heimat und Herkunft, des Glaubens sowie der religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt zu werden. Diese Verfassungsbestimmung findet über Generalklauseln auch ihren Weg in das alltägliche Vertragsrecht und erfasst etwa Miet- und Arbeitsverträge. Die Ankündigung Munteferings ist also entweder ein substanzloses Propagandaprojekt. Oder es

soll insbesondere mit dem Instrument der Beweislastumkehr substantiell in die Vertragsfreiheit der Bürger eingegriffen werden. Es müsste in diesem Fall jeder, der seinen Vertrag nicht mit dem Angehörigen einer Minderheitengruppe abgeschlossen hat, den Nachweis erbringen, dass dies nicht auf einer Diskriminierung beruhe. Wenn die Koalition tatsächlich erneut diesen Weg des nationalen Regulierungszuschlages bei der Umsetzung europäischer Richtlinien beschreiten sollte, braucht sie über Deregulierung nicht mehr zu reden. Desavouiert wäre dann nicht nur die Justizministerin sondern auch der Wirtschaftsminister.

Norbert Röttgen ist der rechtspolitische Fraktions-sprecher.

Preisstabilität in EU-Verfassung verankern

Stellungnahme zum bekannt gewordenen Vorschlag der irischen EU-Ratspräsidentschaft, die Preisstabilität in der künftigen EU-Verfassung an zentraler Stelle zu verankern:

Die berechtigten und beharrlich verfolgten Initiativen von Europäischer Zentralbank, Bundesbank, Zen-

tralem Kreditausschuss (ZKA) und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Preisstabilität ebenso wie die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank trotz aller Widerstände und Lethargie der Bundesregierung in dieser Angelegenheit an herausragender Stelle in der künftigen EU-Verfassung zu verankern und damit nicht hinter die bewährten Regeln des Maastricht-Vertrages zurückzufallen, haben nun doch einen ersten wichtigen Erfolg herbeigebracht.

Die Preisstabilität soll nach den jetzigen Plänen der EU-Ratspräsidentschaft als gleichwertiges Ziel in Artikel 1-3 des Verfassungsentwurfs explizit genannt werden. Dies ist ein ganz wichtiger Teilerfolg. Diesen gilt es nun als konkretes Ergebnis vertraglich zu verankern. Die Bundesregierung muss aus ihrer bisherigen lethargischen Haltung erwachen. Es sind noch Verbesserungen im Interesse aller EU-Mitgliedstaaten zu erreichen.

Wünschenswert wäre in diesem Zusammenhang auch, dass die weitere zentrale Forderung der EZB aufgegriffen wird, dass die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank wie auch der nationalen Notenbanken im künftigen EU-Verfassungstext klar und unmiss-



Michael Meister

verständlich hervorgehoben wird. Hier sollte die Bundesregierung alle Verhandlungsspielräume mit Kraft und nicht nur halbherzig zu nutzen.

Die Bundesregierung muss ihre bisherige Lethargie überwinden und versuchen, wichtige verbleibende Änderungsanliegen zum EU-Verfassungsvertrag mit in die abschließenden Verhandlungen einzubringen, ohne dass das Gesamtpaket noch einmal aufgeschnürt wird. Dass für sinnvolle Änderungen noch ein Verhandlungsspielraum bleibt, hat sich nun gezeigt.

Alle Bestrebungen sind nachdrücklich zu unterstützen, dass es bis zum EU-Gipfel am 17. und 18. Juni zu einem vernünftigen und ausgewogenen EU-Verfassungsvertrag kommt.

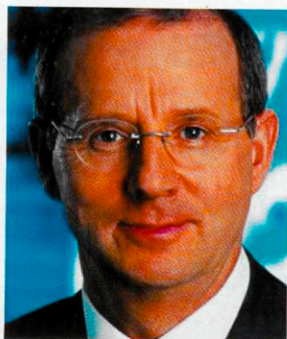
Michael Meister ist der fraktionspolitische Fraktions-sprecher.

Regierung erhöht Kohlesubventionen

Die Bundesregierung behauptet, sie senke die Kohlelöhlfen. Dies ist schlicht falsch. Richtig ist, dass der Bundeskanzler im November 2003 im Vorfeld des SPD-Parteitags zusätzliche öffentliche Hilfen für die deutsche Steinkohle von insgesamt 15,87 Mrd. € bis zum Jahr 2012 in Aussicht gestellt hatte.

Im Hau-Ruck-Verfahren wurde dieses Versprechen – gegen den Willen des grünen Koalitionspartners – noch im Haushaltsverfahren 2004 umgesetzt. Diese Beschlüsse im Rahmen der Haushaltsberatungen 2004 haben zur Folge, dass die Finanzplan-Ansätze für die Jahre 2006 bis 2008 um zusammen 2,5 Mrd. € aufgestockt wurden! Abgesehen davon steigen auch – gemessen an den in Fortführung des Kohlekompromisses aus dem Jahre 1997 im Finanzplan für die Jahre 2006 und 2007 vorgesehenen Jahrestanchen – die Beihilfen in diesen beiden Jahren allein um 600 Mio. €. Das ist keine Senkung der Kohlebeihilfen, sondern eine massive Erhöhung.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass die RAG in den letzten Jahren angeblich 500 Mio.



Dietrich Austermann

€ in die Infrastruktur der Zeche Walsum investiert und offensichtlich ihren Betrieb bis 2012/19 rechtlich abgesichert hat, wenn jetzt – zur Senkung der Förderkosten (!) – gerade diese Zeche 2008 stillgelegt werden soll.

Die Kohlesubventionen werden nicht nur nicht gesenkt, sie werden im Rahmen der notwendigen und beschlossenen Einsparmaßnahmen im Haushalt, wie etwa dem Subventionsabbau nach Koch/Steinbrück, wie eine „heilige Kuh“ behandelt und nicht angerührt. Ersatzweise wird ab dem Jahr 2005 die Investitionsförderung in den neuen Ländern mittels der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur drastisch zusammen gestrichen. Die neuen Länder müssen für die Kohle bluten.

Dietrich Austermann ist der haushaltspolitische Fraktions-sprecher.



Euro-Sammelalbum

12 Euro-Länder/96 Münzen. Einfach die einzelnen Münzen in die passenden Stanzungen drücken.

Bestell-Nummer: **9021**

Preis je Stück: ~~8,50 €~~ **6,80 €**
inkl. MwSt.: ~~9,80 €~~ **7,89 €**

Europa-Lesezeichen

Bestell-Nummer: **9121**

Preis je 100 Stück: **26,00 €**

inkl. MwSt.: 30,16 €



CDU-Europa-Kochbuch

30 Seiten mit schönen länderspeziellen Kochrezepten aus allen EU-Ländern

Bestell-Nummer: **9120**

Preis je 5 Stück: **16,50 €**

inkl. MwSt.: 19,14 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Vermolt
Telefax 05241-804 18 92
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Danke für Ihr Vertrauen

Überkleber „Danke für Ihr Vertrauen“

42,5 cm x 15 cm

Bestell-Nummer: **8196**

Preis je 250 Stück: **20,20 €**

inkl. MwSt.: 23,43 €



Türanhänger für Wahltag

Bestell-Nummer: **1609**

Preis je 1.000 Stück: **20,50 €**

inkl. MwSt.: 23,78 €

„Post-it“

Bestell-Nummer: **9980**

Preis je 10 Blöcke

à 100 Blatt: **8,50 €**

inkl. MwSt.: 9,86 €



Blumendose: Blumensamen – Mittagsgold/Gazanie –

Züchten Sie sich Ihre Blume selbst – direkt aus der Dose. Alles was die Pflanze braucht, ist schon in der Dose enthalten. Sie brauchen nur noch Wasser dazugeben (Pflegeanleitung liegt bei).

Bestell-Nummer: **9118**

Preis je 3 Stück: **10,50 €**

inkl. MwSt.: 12,18 €

Bitte beachten!

Im UiD 16/04 war ein Fehlerteufel: Die Mengenangabe von 50 Stück für 10,50 € ist nicht korrekt. Bitte die Bestelldaten dieser UiD-Ausgabe beachten!

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



RESTPOSTEN!

CDU-Scooter

inkl. Rucksack

Bestell-Nummer: 9673

Preis je 1 Stück: ~~20,00 €~~ 12,92 €

inkl. MwSt.: ~~29,00 €~~ 14,99 €